

verherrlichte, die mickrige Wirklichkeit aber aus den Augen verlor, waren die Pfarrgemeinden auch Stätten, in denen die Probleme des Landes und der heutigen Welt besprochen wurden. Vom weltweiten Hunger erfuhr man da, wo man das westliche Fernsehen nicht sehen konnte, vor allem durch kirchliche Hilfswerke und ihre Informationen. Ökologische Probleme wurden in den Kirchen zuerst besprochen. Neue psychologische Erkenntnisse – von der Gruppendynamik bis zur Tiefenpsychologie – wurden durch die Bildungshäuser der Kirchen vermittelt, zumeist mit Hilfe von Referenten aus westlichen Bundesländern. Sterbehilfe wurde zuerst im Raum der Kirchen gesehen, allerdings wurde dieser Themenkreis schneller als andere neue Gedanken von marxistischen Ethikern und von Ärzten übernommen. Pfarrgemeinden stellten ihre Aufgabe, Hilfe zum Glauben zu geben, vielerorts in einen größeren Zusammenhang, in dem Fragen wachgehalten, Probleme gesehen und Diskussionen ermöglicht wurden. Das kommunistische Ambiente und der mit administrativen Maßnahmen arbeitende Staatssozialismus sind im Herbst 1989 verschwunden. Die Folgen dieser Zeit, Mangel an Sinn für Transzendenz, ein existenzielles Vakuum bei vielen Menschen, die einseitige Bevorzugung materieller Werte, ein säkularistisches Lebensgefühl und eine ineffiziente, dem Zusammenbruch sich nähernde Wirtschaft, sind geblieben. Die Probleme für die katholischen wie für die evangelischen Pfarrgemeinden sind andere geworden, aber es bleiben viele Probleme. Schon in der Zeit des Sozialismus gab es ein zunehmendes Gefühl des Ungenügens bei den Menschen, die ihn in der erweiterten Oberschule, an der Universität oder in den sogenannten „Partei-lehrjahren“ studieren mußten. Der Marxismus-Leninismus gab sich als die Zusammenfassung aller Wahrheiten über den Menschen und über die Welt, aber die Menschen merkten, und jene, die ihn verstanden hatten, am meisten, daß er nicht leben half. Im Umkreis von Studentengemeinden, Akademikerkreisen und lebendiger Pfarrjugend gab es immer wieder vor allem junge Menschen, die in das Milieu des Christentums traten, den Glauben entdeckten und den Weg auf Taufe hin gingen. Aber das waren

wenige. Ein Anschluß an die Kirchen, eine Entscheidung für Glaube und Religion machte in den Augen der Partei suspekt und konnte materielle Nachteile mit sich bringen. Es wird sich nun, da diese von außen kommenden Behinderungen weggefallen sind, zeigen, ob es den Kirchen gelingt, in den Gemeinden Lernstätten des Glaubens anzubieten und Anreize zu einer Lebensorientierung an Jesus Christus zu geben. Man hat der Kirche in der ehemaligen DDR vorgeworfen, nicht missionarisch genug zu sein, sondern sich auf sich selbst zu beschränken, an den eigenen Bestand zu denken und sich mehr oder weniger eingegelt zu haben. Auf die Dauer werden christliche Gemeinden nur Lernorte des Glaubens sein, wenn sie ihre Türen aufmachen, wenn sie Angebote machen und einladend für Suchende sind. Es gibt zur Zeit viele Menschen, deren Existenz das Zentrum verloren hat und die deshalb auf der Suche nach einem Mittelpunkt für ihr Leben sind. Karl Rahner war der Meinung, daß ein Neubekehrter wichtiger ist als zehn mühsam im Glauben bewahrte Christen. Im gleichen Sinn könnte man sagen, daß eine Pfarrgemeinde, die immer wieder erlebt, daß suchende Menschen zu ihr stoßen, sich mit größerem Eifer und tieferer Überzeugung darauf einläßt, dem Glauben der schon der Kirche Zugehörigen zu dienen.

August Wilhelm Heckt

Am Anfang stand der Bensberger Kreis

Ein Rückblick auf 20 Jahre
Versöhnungsarbeit mit Polen

Heckt beschreibt, wie Hilfe über die Landesgrenzen hinweg aussehen kann, damit sie nicht nur materiell möglichst wirksam, sondern auch partnerschaftlich ist und Versöhnung stiftet. red

Polen und Deutsche sind einander nähergerückt! Der „Eiserne Vorhang“, der Deutschland teilte und die osteuropäischen Völker in einem ideologischen, militärischen und wirt-

schaftlichen Block zusammenhielt, besteht nicht mehr. Ohne Visum können Polen und Deutsche die nunmehr endgültig anerkannte Grenze an Oder und Neiße überschreiten. In einem weiteren Vertrag sollen die Probleme der Minderheiten, künftige kooperative Strukturen der Sicherheit und die Schritte, die Polen an die EG heranführen, geregelt werden. Damit soll der Rahmen für eine „gute Nachbarschaft und eine freundschaftliche Zusammenarbeit“ gesetzt werden.

Daß die vorstehend beschriebene Situation eingetreten ist und jetzt der Rahmen für eine neue Qualität der Beziehungen zwischen unseren Völkern gesetzt werden kann, ist sicherlich das Ergebnis von grundlegenden Veränderungen in der politischen „Großwetterlage“. Aber solche Veränderungen finden ihre Vorbereitung in den kleinen Schritten von Menschen, Gruppen und Gemeinden, die friedentiftend aufeinander zugehen. Und nur auf diese Weise wird eine völkerrechtliche Vorgabe zukünftig mit wirklichem Leben erfüllt. Von dieser „Macht der Ohnmächtigen“ soll hier im Sinne der Ermutigung berichtet werden.

Am 2. März 1968 veröffentlichte der Bensberger Kreis – ein seit Mai 1966 bestehender Kreis von katholischen Laien und Priestern, die der kirchlichen Friedensbewegung Pax Christi angehörten oder zumindest nahestanden – sein „Memorandum deutscher Katholiken zu den polnisch-deutschen Fragen“. Da nach den eigenen Worten „Menschen und unter ihnen Christen nicht dazu aufgerufen sind, historische Prozesse zu erdulden, sondern in sie einzugreifen“ (Memorandum S. 25), sah der Kreis sich in der damaligen Situation der Rücksichtnahme und des Zögerns der offiziellen Kirche dazu aufgerufen, „frei von friedens-feindlichen Ideologien die Initiative zu ergreifen und erste Schritte zu wagen“ (S. 6f), indem er insbesondere aus moralischen Gründen zur vorbehaltlosen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze aufrief. Damit sollte vor dem Hintergrund der leidvollen neueren Geschichte die Voraussetzung für eine längst notwendige Verständigung und Versöhnung zwischen den beiden Völkern geschaffen werden.

In der Bundesrepublik Deutschland hatte das Memorandum im gesellschaftlichen und politischen Raum eine nachhaltige Wirkung

im Hinblick auf die Entspannungspolitik der Regierung der sozial-liberalen Koalition.

In Polen fand das vom Bensberger Kreis gesetzte Zeichen der Versöhnungsbereitschaft bei kirchlichen und staatlichen Stellen eine vielfältige positive Aufnahme. Das gilt nicht zuletzt für die zur „Znak-Bewegung“ gehörenden fünf „Klubs der katholischen Intelligenz“ (KIK), die das Regime in den großen Städten des Landes als kritische katholische Laienbewegung in der nachstalinistischen Tauwetterperiode 1957 zugelassen hatte. Schon die ersten Kontakte zu ihnen machten deutlich, daß viele Fragen und Probleme für eine gemeinsame Aufarbeitung anstanden, ein Bedürfnis nach einem vertieften gegenseitigen Verstehen gegeben und den Polen auch der Ausstieg aus der Isolierung, die Öffnung nach dem Westen, wichtig war.

Vor diesem Hintergrund entstand Ende 1971 zwischen der Dortmunder Gruppe des Bensberger Kreises, der vom Gesamtkreis die Pflege der Kontakte nach Polen übertragen wurde, und dem KIK in Wrocław/Breslau der Plan, in regelmäßigen Abständen polnisch-deutsche Seminare unter Erweiterung des Teilnehmerkreises aus den übrigen KIKs und aus den „Bensbergern“ durchzuführen. Seit 1973 haben – unterbrochen in der Zeit des Kriegsrechts – insgesamt acht Seminare in verschiedenen Städten beider Länder stattgefunden. Die behandelten Themen, die bis 1989 das Placet des staatlichen Kirchenamtes in Polen finden mußten, lauteten:

Das Engagement des Christen in Kirche und Gesellschaft, Die moderne Entwicklung als Herausforderung an die christliche Ethik, Dialog, Welche Hoffnung bestimmt unseren Glauben, Der Christ im Spannungsfeld von Selbstverwirklichung und Selbstbeschränkung, Zeichen der Zeit, 20 Jahre Bensberger Memorandum, Konföderation Europa. Das Thema für 1991 lautet: Nationale Identität.

Die Seminarthemen wurden nach Absprache von beiden Seiten vorbereitet und beim Seminar gemeinsam diskutiert. Dabei wirkte sich in den Gesprächen die unterschiedliche politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und kirchlich/theologische Ausgangssituation der Teilnehmer in allen Fällen als gewinnbringend für beide Seiten aus. Angesichts der freundschaftlichen Beziehungen, die sich mit der Zeit mehr und mehr festigten, wurden

auch Kontroversen und gelegentliche Spannungen menschlich ausgeglichen.

An dem im August 1980 mit „Solidarność“ begonnenen Aufbruch zu mehr Demokratie, mehr Freiheit und zu wirtschaftlichen Veränderungen in Polen waren auch unsere Freunde vom KIK in Breslau beteiligt. Als sich im Frühjahr 1981 die Versorgungssituation zuspitzte, waren ihre Sorgen auch unsere Sorgen.

Mit ihnen gemeinsam haben wir damals ein System der Hilfe überlegt, das möglichst effizient und ökonomisch sein (z. B. die hohen Portokosten von Individualpaketen sparend) und dazu im Gegensatz zur anonymen Spende gerade das Ermöglichen sollte, was wir selbst als unabdingbar für eine fortschreitende Verständigung und Versöhnung zwischen unseren Völkern erlebt hatten: den persönlichen Kontakt zwischen Menschen, die gemeinsame Arbeit an einer Sache.

Das Ergebnis der Überlegungen war, Partnerschaften zwischen Kirchengemeinden in Dortmund und Breslau, zwischen Schulen und anderen Einrichtungen hier und dort herbeizuführen. Das Leitwort lautete „Solidarität von Gemeinde zu Gemeinde“. Mit je zwei Gemeinden in Dortmund und Breslau und einem Gymnasium in Dortmund und dem Ursulinen-Lyzeum in Breslau haben wir damals – aufbauend auf den dort schon vorhandenen Kontakten der Dortmunder Gruppe – die Aktion begonnen.

Pakete mit den notwendigsten Lebensmitteln wurden von den Spendern mit ihrem Absender versehen, damit der Empfänger darauf reagieren konnte. Von Kollekten und Spenden wurden weitere Lebensmittel eingekauft. Am 8. April 1981, als der Generalstreik bevorstand und ein militärischer Eingriff befürchtet wurde, erreichte der erste Lkw die Adressaten in Breslau.

Aufgrund der positiven Erfahrungen des ersten Transports waren im Laufe des Jahres 1981 weitere 52 Gemeinden in Dortmund bereit, eine Partnerschaft mit einer Breslauer Gemeinde einzugehen, so daß die damals 38 Gemeinden in Breslau je eine oder mehrere Partnergemeinden in Dortmund erhielten. Die evangelische Gemeinde in Dortmund-Aplerbeck verband sich mit der evangelischen Gemeinde in Breslau.

Bis zur Verhängung des Kriegsrechts am 13. Dezember 1981 wurden in der geschilderten

Art und Weise noch drei Großtransporte durchgeführt. Dann war nur noch die Einfuhr fabrikverpackter Ware gestattet, so daß das System auf einen zentralen Einkauf umgestellt werden mußte. Der Partnerschaftsgedanke blieb dabei insofern erhalten, als die jeweilige Gemeinde in Breslau Hilfsgüter entsprechend dem Kollekten- und Spendenaufkommen ihrer Dortmund- und Partnergemeinde erhielt bzw. erhält.

Mit nunmehr 25 Transporten sind insgesamt 1435 Tonnen Hilfsgüter von Dortmund nach Breslau gelangt, in den letzten Jahren besonders Säuglings- und Heilnahrung und Medikamente bzw. medizinische Geräte und Hilfsmittel.

Für den Umfang und die Beständigkeit der Hilfe dürften u. a. folgende Momente bedeutsam sein:

- die Dortmunder Gemeindemitglieder haben sich an Ort und Stelle jederzeit von der Notwendigkeit der Hilfe und ihrer sachgerechten Verteilung überzeugen können,
- auf beiden Seiten wird ausschließlich ehrenamtlich, ohne Verwaltungsaufwand, gearbeitet. Fahrzeuge, Lagerhallen etc. werden kostenlos zur Verfügung gestellt,
- die Verantwortlichen in den Dortmunder Gemeinden treffen sich zweimal jährlich und sind so unmittelbar beteiligt,
- die Freunde vom KIK und wir können auf Probleme, Schwierigkeiten und neue Situationen angesichts der jahrelangen Freundschaft kurzfristig reagieren.

Schon die Hilfe hatte im deutsch-polnischen Verhältnis ihre Bedeutung. Vermittelte sie doch den Polen, wie immer wieder zum Ausdruck gekommen ist, das Bewußtsein, in schwierigen Zeiten nicht allein gelassen zu sein, und dieses Bewußtsein war und ist für sie um so wichtiger, als die Hilfe gerade von Deutschen kam und kommt.

Die parallel zur Hilfe angestrebten Kontakte zwischen Menschen und Gruppen – Erwachsenen und Jugendlichen – sind im Laufe der Zeit in einem Maße zustande gekommen, wie wir es uns nicht vorgestellt hatten. Dazu schreibt Frau Dr. Ewa Unger, bis vor kurzem Präsidentin des KIK in Breslau:

„... Am Anfang gab es unsererseits ziemlich viel Mißtrauen und Unglauben. Die Deutschen und wir? Aber sehr bald entwickelten sich Beziehungen. Es gab Gruppenkontakte in auf Stadt- und Gemeindeebene organisier-

ten Delegationen. Dieser Austausch ging in beide Richtungen. Die Gäste wurden hier wie da in Familien untergebracht. Trotz Sprachschwierigkeiten brachte das Zusammensein und das Kennenlernen der Lebensumstände einander näher. Über gemeinsame Gottesdienste in den Pfarrkirchen, das Fürbittgebet über Grenzen und Entfernungen wuchs langsam in immer größer werdenden Kreisen das Bewußtsein: Da gibt es Menschen, die einerseits weit und fremd sind, andererseits aber doch nah und vertraut. Die Kontakte wurden häufiger, es ging nicht mehr nur von Gemeinde zu Gemeinde, vielmehr auch von Familie zu Familie, vom Menschen zum Menschen, ganz privat.

Und so gelang uns das, worum es von Anfang an ging, auch wenn wir es vielleicht nicht ganz bewußt beschreiben konnten und es für irgendwie unerreichbar hielten. Es entstanden individuelle Kontakte, welche zu einem Meinungswechsel auf beiden Seiten führten. Die Klischees, meistens negative, wurden mit der Wirklichkeit verglichen und der Wahrheit nähergebracht. Die ‚Anderen‘ wurden nun als nicht so sehr fremd und total anders entdeckt. Es stellte sich heraus, wie sehr viel uns doch verbindet – wobei natürlich auch das Trennende nicht vergessen wurde.

Natürlich überschätzen wir die Skala nicht, das ist bestimmt kein genereller Umbruch in den polnisch-deutschen Verhältnissen. Wir glauben nicht, daß wir den Lauf der Geschichte umgelenkt hätten. Aber dennoch, steter Tropfen höhlt den Stein. Sind nicht vielleicht auch jene unsere unzähligen Tröpfchen, welche in manchen Momenten sich in einen kleinen Regenguß zusammensetzen, ein Beitrag zur gegenseitigen Verständigung, zum Händeausstrecken von beiden Seiten?“

Mitte Juni 1991 werden 175 Personen aus den Dortmunder Gemeinden ihre jeweilige Breslauer Partnergemeinde für fünf Tage besuchen. Gemeinsam mit den polnischen Freunden wollen wir das zehnjährige Bestehen der Partnerschaften begehen. Von diesem Besuch wird – so ist zu hoffen – ein weiterer Impuls für die wechselseitigen Beziehung ausgehen.

Angesichts der veränderten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in Polen wollen wir bei dieser Gelegenheit eine polnisch-deutsche Stiftung der Dortmunder und Breslauer Gemeinden gründen. Sie soll in Zukunft die karitative Arbeit koordinieren und intensivieren sowie projektbezogen eine „Hilfe zur Selbsthilfe“ aufbauen und fördern.

Wladyslaw Piwowarski

Die katholische Kirche Polens in der Schicksals- und Wahlgesellschaft

Die Kirche hatte im Lauf der Geschichte eine besondere Bedeutung für die Identität des polnischen Volkes und konnte sich so auch unter kommunistischer Herrschaft als Volkskirche erhalten. Mit dem Verschwinden des kommunistischen Regimes ändert sich diese Rolle der Kirche; damit stellen sich für sie neue Aufgaben. red

Der Übergang vom Schicksal zur Wahl stellt nach Peter L. Berger die Haupttendenz der Veränderungen in der modernen Welt dar. Dieser Übergang ist nach Bergers Meinung im Prinzip irreversibel – mit Ausnahme des totalitären Staates: „Sein Hauptziel ist die Wiederherstellung einer prämodernen Ordnung von festen Sinngehalten und starker kollektiver Solidarität.“¹

Die Schicksalsgesellschaft charakterisiert das Fehlen von Alternativen, die Wahlgesellschaft dagegen die Vielzahl von Optionen und Wahlen. Die Kirche in Polen befand sich, ähnlich wie die Kirchen in den anderen Ländern Ost- und Mitteleuropas, in beiden Gesellschaftstypen; ihre Situation war aber vergleichsweise günstig. Die große Mehrzahl der Polen sind Katholiken (über 93%). Etwa 2,7% gehören anderen Kirchen und Religionen an. Der Prozentsatz der Atheisten schwankt nach den Meinungsforschungszentren zwischen einem und zirka fünf Prozent. Es ist also zu unterstreichen, daß die katholische Kirche in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg überaus stark war. Trotz der Versuche eines Dialogs, der von Kardinal Wyszyński mit den kommunistischen Behörden aufgenommen wurde (z. B. das Abkommen zwischen Staat und Kirche vom 14. April 1950), mußte die Kirche zu dem den Sozialismus/Kommunismus aufbauenden Staat in Opposition gehen – nicht in eine politische, sondern in eine moralische und in eine Kulturopposition. Diese Situation dauerte bis in die siebziger Jahre, als poli-

¹ P. L. Berger, Der Zwang zur Häresie. Religion in der pluralistischen Gesellschaft, Frankfurt/M. 1980, 35–39, hier 38.